

STELLUNGNAHME

Zu den Entwürfen der neuen Kernlehrpläne der Sekundarstufe I in dem Fach Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen

Bedeutung ökonomischer Bildung

DIE FAMILIENUNTERNEHMER begrüßen grundsätzlich die schrittweise Einführung eines Schulfaches »Wirtschaft« in Nordrhein-Westfalen in den verschiedenen Schulformen. Als Teil der Allgemeinbildung ist ökonomische Bildung Voraussetzung für die Entwicklung von Mündigkeit, Urteilsvermögen und Verantwortungsbewusstsein, ebenso für das eigene Leben wie für die Gesellschaft. Viele Entscheidungen des alltäglichen Lebens, bei der politischen Meinungsbildung, in der betrieblichen Ausbildung ebenso wie im Studium erfordern Wirtschaftskenntnisse. Ökonomische Bildung befähigt zur Bewältigung ökonomisch geprägter Lebenssituationen, ermöglicht eine kompetente Teilhabe an Wirtschaft, Gesellschaft und Politik und schließt die Reflexion normativer Fragestellungen im Spannungsfeld zwischen Wirtschaft und Ethik mit ein. Nur wenn Sinn, Legitimation und Funktionsweise der Wirtschaft und des Wirtschaftens durchdrungen werden, können sich Bürger souverän und kompetent einbringen.

Da jedoch die ökonomischen Kenntnisse in weiten Teilen der Bevölkerung nicht vorhanden oder nur mangelhaft ausgeprägt sind, wie zahlreiche Studien belegen, **müssen die Anstrengungen zur ökonomischen Bildung intensiviert werden**. Umso beunruhigender ist, dass Wirtschaftsunterricht in der Schule oftmals zu kurz kommt. Ökonomische Bildung wird entweder in den Wahlpflichtbereich abgedrängt oder im Verbund mit anderen Fächern unterrichtet, wo sie häufig eine untergeordnete Rolle spielt.

Insofern ist es zentral, dass Nordrhein-Westfalen das Schulfach »Wirtschaft« verstetigt und stärkt. Dazu gehören:

- 1. Die Erarbeitung sinnvoller Kernlehrpläne** und
- 2. die Reform der Lehramtsstudiengänge:** Wirtschaftslehrkräfte müssen fachwissenschaftlich und wirtschaftsdidaktisch qualifiziert sein.

Konkretisierung der Umsetzung

Zur Konkretisierung der Stärkung ökonomischer Inhalte in den Kernlehrplänen (KLP) und der didaktischen Vermittlung nachfolgend einige grundlegende Hinweise:

- 1. »Wirtschaft« muss neben »Politik« unbedingt als Pflichtfach verankert werden.** Sowohl die Möglichkeit von „Wirtschaft“ als Wahlfach als auch die eines Integrationsfaches „Wirtschaft-Politik“ sind strikt abzulehnen – hiermit wäre nichts gewonnen.

2. Das genuin ökonomische Wissen und Verstehen muss sich in der Zielorientierung wiederfinden. Deshalb sollten bei der Zielformulierung in den KLP verstärkt ökonomische Operatoren anstelle der bisherigen politikwissenschaftlichen Kriterien berücksichtigt werden.

3. Wirtschaftliches Denken erfordert auch Datenanalysen: Textanalysen können ökonomisches Denken nur teilweise abbilden und den Schülern vermitteln. Vielmehr sollte die Leistungsbewertung vor allem konstruktive Aufgaben umfassen, die an ökonomische Methoden anschließen. In den bisherigen Entwürfen ist die Datenanalyse zugunsten der Textarbeit unterausgeprägt.

4. Strukturell verbessert werden kann die fachliche Perspektive in den Lehrplankommission dadurch, dass verstärkt auf die **Beteiligung von Fachdidaktikern** an den Landesuniversitäten zurückgegriffen wird.

5. Begleitend sollte Wirtschaft als Unterrichtsfach in die Lehramtszugangsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen aufgenommen werden (statt wie bisher Sozialwissenschaften). Dadurch könnten in der Folge eigene Studiengänge an den Universitäten aufgebaut werden.

6. Zudem sollten hilfsweise verpflichtende Fortbildungen für Lehrer, die das neue Fach unterrichten wollen und Lehrer für andere Fächer sind (z. B. Politik) eingeführt werden. Diese Fortbildungen mit dem Schwerpunkt Ökonomie sollten vorrangig mit außerschulischen, also universitären Partner durchgeführt werden, um die notwendige Qualität und Aktualität fachlicher Inhalte zu gewährleisten.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER sind Mitglied
im Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland.

